



Herrn
Dr. med. Christian Rieth
Härtsfeldstr. 12
73441 Bopfingen

Daniel Bahr

Bundesminister
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, im Dezember 2011

Sehr geehrter Herr Dr. Rieth,

alle, die im Gesundheitswesen arbeiten, aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Patienten- und Selbsthilfeorganisationen, verfolgen die Gesundheitspolitik stets mit Interesse. **Ich wende mich heute daher persönlich an Sie**, um Sie über die aktuelle Arbeit der Bundesregierung zu informieren.

Wir haben mit zwei grundlegenden Gesetzen die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenversicherung stabilisiert und die Ausgaben für Arzneimittel deutlich gesenkt. Wir haben erreicht, dass **wieder mehr Geld für die ambulante Versorgung als für Arzneimittel eingesetzt wird**. Damit steht das Geld wieder dort zur Verfügung, wo es benötigt wird – für die Behandlung der Patientinnen und Patienten.

Diesen Weg wollen wir mit dem **Versorgungsstrukturgesetz** fortsetzen und die Bedingungen für ein **gutes Arzt-Patienten-Verhältnis** weiter verbessern. Mit diesem Gesetz, das Anfang 2012 in Kraft treten soll, stellen wir die ambulante ärztliche Versorgung in ländlichen und unterversorgten Gebieten sicher. Ärztinnen und Ärzte müssen für die Menschen vor Ort erreichbar sein und auch bleiben, das ist mein Ziel.

Deshalb erhalten niedergelassene Ärzte künftig Anreize, um sich in unterversorgten Gebieten niederzulassen. Sie können zukünftig unabhängig von der Menge der erbrachten Leistungen die vollen Vergütungssätze abrechnen. Wir ermöglichen Zuschläge, wo es zur Versorgung der Patienten erforderlich ist. **Die freie Arztwahl bleibt erhalten.**

Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Gesundheitsberuf.

Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte können sich künftig leichter eine Auszeit für die Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen nehmen und sich leichter in der Praxis vertreten lassen.

Wir reduzieren den Regressdruck für Ärzte. Die Beratung steht im Vordergrund. Künftig kann es keinen Regress geben, wenn der Arzt nicht zuvor beraten wurde; Praxisbesonderheiten werden leichter anerkannt. Die Sorge der Patienten, dass Ärzte für ihre Arzneiverschreibungen in Regress genommen werden, wird damit abgebaut.

Wir sorgen für eine flexiblere vertragsärztliche Vergütung. Den Kassenärztlichen Vereinigungen wird mehr Freiheit bei der Honorarverteilung gegeben. Sie erhalten wieder die Aufgabe, die Verteilung in eigener Verantwortung im Benehmen mit den Krankenkassen festzulegen. Regelleistungsvolumen zur Vergütung ärztlicher Leistungen werden nicht mehr zentral vorgeschrieben. Damit wird wieder in den Regionen über Art und Höhe der Vergütung entschieden. Das kommt den Patientinnen und Patienten vor Ort zugute. Wir sind sicher, dass die Handelnden vor Ort mehr Freiheiten brauchen, um ihre verantwortungsvolle Arbeit und die damit verbundenen Herausforderungen am besten bewältigen zu können.

Wir setzen andere Schwerpunkte: Weniger Bürokratie gibt Ärztinnen und Ärzten mehr Zeit für Patientinnen und Patienten. Deshalb entfällt unter anderem die Pflicht zur Anwendung von Kodierrichtlinien bei der Abrechnung von Diagnosen.

Besonders **wichtig für die Behandlung schwerstkranker Menschen ist eine optimale Zusammenarbeit von niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern.** Deshalb schaffen wir einen neuen Versorgungsbereich, die spezialfachärztliche ambulante Versorgung.

Alle Ärzte brauchen **verlässliche Rahmenbedingungen** für ihre Arbeit: Die **Gebührenordnung für Zahnärzte** haben wir deshalb an den neuesten Stand der Zahnmedizin angepasst. Damit haben Versicherte und Zahnärzte eine aktuelle und verlässliche Grundlage. Auf eine Öffnungsklausel wurde verzichtet. Wir schaffen außerdem die strenge Budgetierung für Zahnärzte ab, denn Zahngesundheit ist ein wichtiges Gut für die Patientinnen und Patienten. Die Überarbeitung der **Gebührenordnung für Ärzte** wird derzeit vorbereitet, um auch die Basis für die Abrechnung ärztlicher Leistungen auf den neuesten Stand zu bringen.

In der **Pflege** haben wir Eckpunkte vorgelegt. Eine **menschenwürdige Pflege für alle** ist unsere gemeinsame gesellschaftliche Verpflichtung. Schwerpunkt der Pflegereform werden die verbesserte Betreuung von Demenzkranken und die Unterstützung der Familien und ihrer Angehörigen. Denn sie tragen die Hauptlast, ihnen müssen wir helfen. Die Zahl der Pflegebedürftigen und Demenzpatienten steigt. Gerade deshalb wollen wir den Pflegeberuf attraktiver machen. **Die Arbeit in der Pflege muss einen höheren Stellenwert erhalten.** Wichtig ist auch der Abbau unnötiger Bürokratie.

Auch die **Prävention** wollen wir stärken. Deshalb motivieren wir in einem ersten Schritt gezielt Unternehmen und Krankenkassen, sich für die Gesundheit ihrer Beschäftigten und Versicherten einzusetzen.

Im Bereich der **Patientenrechte** sorgen wir für mehr Transparenz; Patientinnen und Patienten werden in den Gremien der Selbstverwaltung besser beteiligt.

Unser Gesundheitswesen zählt zu den besten der Welt. Wir wollen es weiter verbessern – im Interesse der Patientinnen und Patienten und für die, die täglich in diesem Bereich arbeiten.

Nicht alles kann in einem solchen Schreiben erwähnt werden. Damit Sie sich über die aktuellen gesundheitspolitischen Vorhaben detailliert informieren können, lege ich Ihnen unsere Gesundheitspolitischen Informationen ans Herz. Die Vierteljahresschrift berichtet über alle wichtigen Aspekte für Patientinnen, Patienten und Leistungserbringer. Sie kann kostenfrei abonniert werden.

Für Ihr Interesse und Ihr Engagement danke ich Ihnen und wünsche Ihnen, Ihren Familien und Angehörigen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2012.

Mit freundlichen Grüßen



Daniel Bahr
Bundesminister für Gesundheit